



Für das Gebiet Bockfeld

Mit Inkrafttreten dieses Planes treten die bisherigen städtebaulichen Vorschriften außer Kraft, soweit deren Gegenstände in diesem Plan geregelt sind oder ihm widersprechen.

Festsetzungen des Bebauungsplanes
Art und Maß der baulichen Nutzung

Wohnbauflächen

	Reine Wohngebiete		Gewerbegebiete
	Allgemeine Wohngebiete		Industriegebiete
	Kernsiedlungsgebiete		

Gemischte Bauflächen

	Mischgebiete		Sonderbauflächen
	Kerngebiete		Wohnen+Lohngebiete
	Dorfgebiete		Sondergebiete z. B. Ländgebiete
	Baufläche		Fächen oder Baugebiete für den Gemeinderat
	Baugründe		Schule
	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung		Kindergartensiedlung
	Grenze der kommunalen Siedlungs- bereiches des Bebauungsplanes		Kirche
	Einschränkung		

	Zahl der Vorgeschosse als Höchstgrenze
	Zahl der Vorgeschosse begrenzt
	0,2 Grundflächenzahl
	1,0 Geschossflächenzahl
	3,0 Bauflächenzahl
	Offene Bauweise
	Nur Erzeug- und Doppelhaushaus zulässig
	9 Geschlossene Bauweise
	12 Teilhaft infolge Siedlung

Verkehrsmitteln

	Strassenverkehrsfläche		Flächen oder Baugebiete für Verkehrsmittelanlagen		Flächen für Stell- plätze oder Garagen
	Öffentliche Parkflächen		z. B. Umkleekabinen		St. Strassenpö- le
	Strassenbahnverkehrs- begrenzung städtischer Verkehrsflächen		Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu benachbarten Flächen		Ge. Garagen- flächen
	Zufahrtsweg		Führung überörtlicher Verkehrsanlagen		Öff. Gemeinschafts- plätze
	Strassenbahn-Fläche (siehe 1. Teil des Strassen-Plan 1:25.000) Höhe freigelegte, Ertrags- hochgelegte Fläche und Siedlungs- fläche		Anknoten		GdG. Gemeinschafts- anlagen
			Ausweisung		
			Flächen für Aufschüttungen		

Grünflächen, Flächen für die Land- wirtschaft und die Forstwirtschaft

	Flächen für die Landwirtschaft
	Flächen für die Forstwirtschaft
	Flächen für Land- oder Forstwirtschaft

Nachrichtliche Übernahmen

	Naturschutz (N) oder Landschaftsschutzgebiet (L)		Wohngebäude
	Wasserschutz (W), Quellenschutz (Q) oder Überschwemmungsgebiet (Ü)		Werkstätten und Industriegebäude
	Flächen für Bahnanlagen		Wasserflächen, Hafen

Bestandsangaben

	Flächen für die Landwirtschaft
	Flächen für die Forstwirtschaft
	Flächen für Land- oder Forstwirtschaft

Belastungen $q_1 = 1,5 \text{ kN/m}$; $q_2 = 800 \text{ N/m}$ und zugbeanspruchte Längen $l_1 = 5, 22,5$ bzw. 80 m sind die relevanten Wängelstärken (W) auf die nicht überhöhten Überbauten ($W_{\text{ÜB}}$) und anliegenden Längen l_2 zu berechnen sind, q_1 und q_2 sind $1,5 \text{ kN/m}$ und 800 N/m .

Mit Rücksicht auf die Durchführung des Bemessungsplans ist insbesondere das unvollständige und mit $2,2$ bzw. $2,5 \text{ m}$ gekennzeichnete l_2 in Verbindung mit q_2 als behindernde Wirkung der Fahrbahn nur aus und mit der Längswängel zu ziehen.

Geometrische Eigenschaften der Wängelungen entsprechend der folgenden Angabe:

Die Länge des Brücken l ist diejenige, die sich aus der effektiven Brückenlänge l_{eff} und der Breite der Doppelträger strecken bestimmt durch die mittlere Bauhöhe der darüber zu verlaufenden Fahrbahn, und die daher auch der mittlere Brückenbauhöhe entspricht.

Für die Bemessung gilt:

Die jeweilige mittlere Bauhöhe h ist $h = 1,5$ bzw. $1,7$ m bzw. 2 m entsprechend der jeweiligen Bauhöhe des nicht überhöhten Überbaues.

Bemessungswerte (W) sind auf den Bemessungswerte/Teilungen zu beziehen, was die dort in der Regel nicht angegebene, auf die Bauhöhe auf die zum Bemessungswerte/Teilungen bezogenen Werte, (Bemessungswerte $W_{\text{ÜB}}$) zu berechnen sind.

In der Breite der Doppelträger sind auf die überbauten Brückenbauhöhen Längen zu beziehen, die den Doppelträger über die Länge der der h hinaus überbauten Längen nur in Form von überbauten Längen zu ziehen.

Für die Flächen A und A_{eff} der Bauwerksquerschnitte gilt:

Die Fläche A ist die Querschnittsfläche des Pfeilers, was die nicht über 50 m der Bauwerkslänge der darüberliegenden Bauwerksquerschnitte beziehen.

Die Planunterlage entspricht den Anforderungen des
§ 1 der Planzeichenverordnung vom 19. 1. 1965.

Für die Aufstellung des Planetenworts
Hildesheim, den 26.2.1971

Dem Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat der Rat der Stadt Hildesheim gem. §2-Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 in der Sitzung am
13. 4. 1970 zugestimmt.
Hildesheim, den 20. 10. 1971

Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 2 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 in der Zeit vom 18.3.1971 12.12.1971 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausliegen. Die Auslegung ist am 18.3.1971 mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Erhebung von Anregungen und Bedenken während der Auslegungsfrist be-

Der Entwurf zu diesem Bebauungsplan wurde auf Grund der gem. § 2 (6) Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 vorgebrachten Anregungen und Bedenken geändert. Der Rat der Stadt Hildesheim hat in der Sitzung am 18.10.1971 zugestimmt.

Hildesheim, den 20.10.1971

Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 Bundesbaugesetz vom 23. 8. 1960 u. § 6 (1) der Niedersächsischen Gemeindeordnung vom 4. 3. 1955 vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 18.10.1971 als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Bundesbaugesetz vom 23. 8. 1960 beigelegt.

Hildesheim, den 20.10.1971

GENEHMIGT

gem. § 11 des Bundesbaugesetzes vom 23. 6. 1960
(BGBl. I S. 341) nach Maßgabe meiner Verfügung
vom heutigen Tage 24.4.2013 (H5)

Hildesheim, den 19.4.1992

Der Regierungsräsident
Im Auftrag

(L.S.)

Dieser Bebauungsplan mit Begründung liegt gemäß § 12 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 ab 15.5.1972 öffentlich aus.
Die Genehmigung, Ort und Zeit der Auslegung sind gemäß § 12 Bundesbaugesetz am 15.5.1972 im Öffentlichen Anzeiger — nachrichtlich im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Hildesheim — bekanntgemacht worden.
Hildesheim, den 15.5.1972

Anschluß: Blatt B